

Dem europäischen Bürger gegenüber zu verantworten

Replik auf das *forum*-Dossier zur EU Außen- und Sicherheitspolitik

Klaus Pöhle

Da die spät gestartete Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union (EU) inzwischen erheblich an Fahrt gewinnt, war es lobenswert, sie im Februarheft von *forum* (Nr. 243/2005) zum Titel - Thema zu machen., wobei der Cover-Titel „Krieg als Option“ (ohne Fragezeichen) provoziert. Aber die Facetten der GASP sind wenig bekannt, weshalb Folscheids sachlicher Bericht sehr hilfreich ist, denn Militärfragen wecken leicht zu einseitigen Schlussfolgerungen verführende Emotionen (Pflüger), was eine differenzierende Auseinandersetzung mit folgenden Grundfragen erschwert: I. Braucht die EU eine Außen- und Sicherheitspolitik? II. Welche Kosten sind zu erwarten? III. Welche Probleme und Gefahren können von ihr aus gehen? IV. Wie ist sie demokratisch zu legitimieren? Hierzu will ich heute lediglich kleinere Ergänzungen liefern.

I. Braucht die EU eine GASP?

Ernst genommen wird die große Handelsmacht EU nur, wenn sie sich zu wehren versteht, notfalls auch militärisch, Geld für die eigene Verteidigung aufwendet und ihren Schutz nicht allein der Supermacht USA überlässt. Zwar ist die Bedrohung aus dem Osten passé, dafür stürzte der schwer greifbare fundamentalistische Terrorismus unsere Staaten in erhebliche Verlegenheit, weil Abwehrmaßnahmen bereits im Innern erforderlich sind. Nach außen zu unmittelfaren und danach folgenden Nachbarn ist ihr Handeln gemäß dem Wertekanon der EU (Art. 6 I EUV bzw. Art. 2 VerfE) auf Herstellung demokratischer Verhältnisse mit Betonung der Menschenrechte gerichtet, weshalb EU-Programme beim Aufbau demokratischer und rechtstaatlicher Strukturen hel-

fen. Diese humanitäre/politische Nachbarschaftshilfe erbringen vor allem zivile Kräfte und Hilfsorganisationen, notwendiger Weise begleitet und geschützt von einheimischen und EU- Polizei- und Militärkräften, weil, Michele Parente, in unserer nichtidealen Welt zumindest auf Androhung von Gewalt nicht immer verzichtet werden kann. Nachdem die EU auf Rückfälle in die Barbarei in Bosnien, Kosovo usw. beschämend lange nicht zu reagieren wusste, will sie jetzt rechtzeitig bei ethnischen Säuberungen eingreifen, auch wenn dies Tobias Pflüger erneut als Beweis für „besondere militärische Aggressionsbereitschaft (S.31)“ werten würde.

Während sich die Konzeption der GASP nach den von Lex Folscheid geschilderten Etappen zu festigen beginnt, ist weiterhin ein verwirrendes Erscheinungsbild der EU zu befürchten, weil ihre Mitgliedstaaten in der Außenpolitik noch eigenwilliger reagieren als in der Wirtschaftspolitik. So möchten die Neumitglieder befreit vom Ostblockzwang gern nationale Akzente setzen und frühere Großmächte unter den Altimitgliedern wollen sich nicht einordnen, während Irland, Schweden, Finnland und Österreich ihre individuelle Auffassung von Neutralität und Bündnisfreiheit beibehalten möchten. Außerdem ist einerseits zwischen Aktionen im Rahmen der UN, der NATO oder EU und andererseits zwischen humanitären, Friedenserhaltenden und Friedensschaffenden Einsätzen zu unterscheiden. Auch wenn sich bei den 25/demnächst 27 EU-Mitgliedstaaten bei Abstimmungen im Rat eine breite Gestaltungsmehrheit herausbilden sollte, muss sich die unterlegene Minderheit nicht beugen, sondern bleibt frei in ihrer Entscheidung, sich zu beteiligen oder sich mit Zuschauen zu begnügen. Nach ihrer Spaltung im Irak-Krieg scheint sich die schwache EU zeitweilig an einen Starken (USA) und nicht an einen

Da sich das Völkerrecht in der Entwicklung befindet und nicht immer eindeutig ist, setzt sich die Interpretation des jeweils Stärkeren durch.

Klaus Pöhle war bis zu seiner Pensionierung 1994 Generaldirektor im Europäischen Parlament.

anderen Schwachen (UN) anlehnen zu wollen, weil sich deren Völkergemeinschaft ebenso wenig einig ist wie diejenige der EU. Da sich das Völkerrecht in der Entwicklung befindet und nicht immer eindeutig ist, setzt sich die Interpretation des jeweils Stärkeren durch.

II. Welche Kosten sind zu erwarten ?

Auch wenn zivile und nicht militärische Aktionen für die GASP im Vordergrund stehen, wird der militärische Teil teuer. Auslandseinsätze erhöhen die Personalkosten und die Entfernungen wie die topografischen Gegebenheiten vor Ort (mal flache Wüste, mal hohes Gebirge) verlangen unterschiedliche moderne Ausrüstungen. Mit dem Airbus A 400 trägt Luxemburg dazu bei, Europa hinsichtlich notwendiger Truppenverschiebung ebenso unabhängig von den USA zu machen, wie das im Aufbau befindliche satellitengestützte Aufklärungssystem GALILEO das amerikanische GPS-System ersetzen soll. Noch teurer würde es kommen, wenn ein Staat wie seinerzeit Serbien unter Milosovics erst durch Zerstörung seiner Infrastrukturen zum friedlichen Einlenken gezwungen werden muss, und dann die EU erhebliche Kosten für den Wiederaufbau zu tragen hat. Mit 1,2 % des nationalen BIP für seine aktive GASP-Beteiligung würde Luxemburg die Grundkonstante seiner Politik honorieren, die es nach der brutalen Verletzung seiner Neutralität in 2 Weltkriegen mit aktiver Teilnahme an NATO wie europäischer Integration gebildet und konsequent beibehalten hat. Das Land blieb frei von Krieg, erreichte beachtlichen Wohlstand und politisches Gewicht.

III. Welche Probleme / Gefahren können von der GASP ausgehen?

Es ist nicht abwegig zu fragen, ob das Zusammenwirken in multinationalen Verbänden das Risiko militärischer Staatsstreiche in der EU-Mitgliedstaaten vermindern oder erhöhen oder sogar eine entsprechende Gefahr für die EU darstellen wird. Zwar werden zu den eintönigen Beschützerjobs in den ‚auswärtigen‘ Einsatzkommandos dank hoher Entlohnung hauptsächlich Freiwillige mit Söldnermentalität angelockt werden, aber Staatsstreiche müssen ‚Zuhause‘ in der Nähe der militärischen und politischen Führung versucht werden. Keine vollständige Entwarnung also, aber Vorsicht ist angebracht.

Die Zustimmungsbereitschaft der EU-Bürger dürfte strapaziert werden, wenn es bei den Einsatzgebieten um ferne Staaten mit fremden, archaischen und betont kriegerischen Strukturen handelt (Afghanistan). Im Auftrag der Vereinten Nationen humanitär zu handeln, bleibt eher konsensfähig. Militärlazarette waren bereits in Kambodscha und sind jetzt nach dem Tsunami in Indonesien im Einsatz. Zwar läge ein friedliches

Zusammenleben von Israelis und Palästinensern im Interesse der EU und seiner Bürger, aber die nun in Gespräch gebrachte Frieden-stiftende Mission der EU vor Ort dürfte wegen der Gefahren dennoch Beklommenheit auslösen. Ein militärisches Einwirken der USA in den Iran – etwa von Herat/ Westafghanistan aus – könnte die EU erneut in einen schweren Konflikt stürzen.

IV. Wie ist sie demokratisch zu legitimieren?

Hier ist weltweit der größte Rückstand festzustellen, weil geschichtlich die Monarchen allein über Krieg und Frieden entschieden haben und noch heute Außen- und Verteidigungspolitik Reservat der Exekutive (Regierung) ist. Nur über ihr Budgetrecht erlangten Parlamente Ende des 19. Jahrhunderts die Möglichkeit, die Bewilligung von Rüstungs- oder Kriegskrediten mit außenpolitischen Debatten zu verbinden. Da die GASP Sache der EU-Mitgliedstaaten ist, müssen primär die nationalen Parlamente für ihr Beteiligungs- und Kontrollrecht kämpfen, Dan Michels. Auf EU-Ebene scheint mir parlamentarische Kontrolle und Legitimation über das EP besser zu erreichen zu sein als über Marcel Glesner's Versammlung der dahin scheidenden Westeuropäischen Union (WEU), weil das EP eine höhere Sitzungsfrequenz (Plenum und Ausschüsse) aufweist, mit seiner großen Mitgliederzahl ein ideologisch größeres Spektrum bietet und im Gegensatz zur WEU-Versammlung nicht in der Luft hängt, sondern sich weiterhin im Aufstieg befindet. Da die Kosten für die militärischen Infrastrukturen und Aktionen vom EU-Budget zu tragen sind, fällt dem EP als mit dem Rat gleichberechtigte oberste Haushaltsinstanz Verantwortung gegenüber den EU-Bürgern zu.

**Ein militärisches
Einwirken der
USA in den Iran –
etwa von Herat/
Westafghanistan
aus – könnte die
EU erneut in
einen schweren
Konflikt stürzen.**

Foto: Lëtzebuurger Armée

